

Baut Wohnungen!

Deutschland braucht jetzt nichts dringender als eine Offensive beim Bau bezahlbarer Wohnungen. Angesichts des großen Zuzugs von Flüchtlingen fordern DGB und Gewerkschaften: Handelt jetzt! Und handelt schnell!

Wohnungsmisere. 400 000 Wohnungen müssten jedes Jahr gebaut werden, damit in Deutschland nicht eine massive Wohnungsnot entsteht. Mindestens 400 000. Und das Wort „mindestens“ wird mit jedem Tag größer, an dem weitere Flüchtlinge ins Land kommen. „Wir stehen hier vor einer riesigen Herausforderung“, sagt Stefan Körzell, Mitglied im Geschäftsführenden Bundesvorstand des DGB. „Wir dürfen nicht zulassen, dass es jetzt zu einem Verteilungskampf um günstigen Wohnraum kommt“, erklärt er.

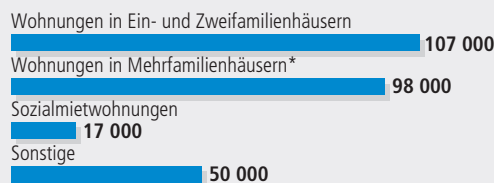
Wie dringend bezahlbarer Wohnraum gebraucht wird, zeigt ein Blick auf aktuelle Zahlen für den sozialen Wohnungsbau. Maximal 17 000 Sozialwohnungen werden in diesem Jahr gebaut, erwartet Matthias Günther, Wohnungsbauexperte am Pestel-Institut in Hannover – und diese Zahl sei schon optimistisch. Zugleich fallen jedes Jahr 60 000 bis 70 000 Sozialwohnungen aus der Mietpreisbindung. Allein um diesen Wegfall an günstigen Wohnungen auszugleichen, müssten jedes Jahr mindestens 80 000 Sozialwohnungen gebaut werden. Jahrelang hat die Bundesregierung das Thema Wohnungsbau vernachlässigt – das rächt sich jetzt.

Was an Wohnungen gebaut wird, ist mittlerweile fast alles hochpreisig. „Unter 10 Euro pro Quadratmeter ist da meist nichts mehr zu machen“, meint Experte Günther. In den Ballungszentren explodieren die Preise. NormalverdienerInnen mit Familie können dort keine neue Wohnung mehr mieten. Das Verbändebündnis Sozialer Wohnungsbau fordert deshalb neben einer Offensive im sozialen Wohnungsbau ein zusätzliches Programm für bezahlbaren Wohnraum. Jährlich müssten 60 000 Wohnungen mit einem Mietpreis um die 7,50 Euro pro Quadratmeter gebaut werden.

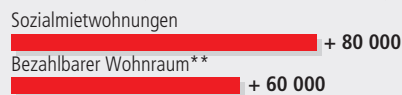
Der Wohnungsmangel ist auch eine Herausforderung für die Haushaltspolitik des Bundes. „Wolfgang Schäuble kann jetzt nicht einfach so weiter machen wie bisher“, sagt Robert Feiger, Vorsitzender der IG BAU. „Eine Schuldenbremse passt überhaupt nicht mehr in die Zeit.“ Geld muss in den Wohnungsbau fließen. Doch gerade einmal 500 Millionen Euro hat die Bundesregierung für den sozialen Wohnungsbau zugesagt. „Das ist ein Tropfen auf den heißen Stein“, kritisiert Feiger. „Ich finde das unerträglich.“ Der Bau von Wohnungen brauche zudem Zeit. „Deshalb müssen die Weichen jetzt umso entschiedener gestellt werden.“ Der DGB fordert unter anderem bessere Abschreibungsmöglichkeiten für Investoren. ●

Bezahlbare Bleibe gesucht

So viele Wohnungen werden 2015 gebaut



So viele Wohnungen müssten 2016 **zusätzlich** gebaut werden



*hochpreisige Mietwohnungen sowie Eigentumswohnungen
**als Richtwert gilt eine Miete von ca. 7,50 Euro pro Quadratmeter
Quelle: Pestel-Institut

Um die Wohnungsmisere zu bekämpfen, braucht Deutschland ein ambitioniertes Wohnungsbauprogramm für bezahlbare Wohnungen.

● INHALT

- 2 CETA**
Neu verhandeln
- 3 Gewerkschaftstag**
IG Metall will mehr
- 7 Digitalisierung**
Muss gestaltet werden

Praxistest

Mitbestimmung. Im Rahmen der „Offensive Mitbestimmung“ von DGB und Gewerkschaften hat der DGB ein erstes Diskussionspapier mit Vorschlägen zur Weiterentwicklung der Mitbestimmung vorgelegt. Reformen sind dringend nötig, da sich die Herausforderungen für Betriebs-, Personal- und Aufsichtsräte in den vergangenen Jahren massiv geändert haben. Der vorgelegte Forderungskatalog soll nun mit betrieblichen, gewerkschaftlichen und politischen PraktikerInnen diskutiert werden. Ein solcher „Praxistest“ sei von zentraler Bedeutung für „unsere Forderungen an die nächste Bundesregierung und den Gesetzgeber“, so der DGB-Vorsitzende Reiner Hoffmann. Mit den Erfahrungen aus der Praxis „werden wir in der Lage sein, die Mitbestimmung weiterzuentwickeln – damit wir die Arbeit der Zukunft gestalten können“. ●

| www.dgb.de/-/Ot6

— ● PLUS/MINUS —

+ Der bildungspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, **Ernst Dieter Rossmann**, begrüßt „die DGB-Forderung nach einer Reformkommission Bildung“. Die Gründung einer solchen Kommission sei „ein erster wichtiger Schritt“.

– „Die vorläufige Bilanz ist ausgesprochen positiv“, urteilen die bildungspolitischen Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, **Albert Rupprecht** (CSU) und **Xaver Jung** (CDU), über die 2008 gestartete Qualifizierungsoffensive für Deutschland.

— ● IM NETZ —

www.einblick.dgb.de
Bezahlbarer Wohnraum: Fakten und Forderungen von DGB und Gewerkschaften